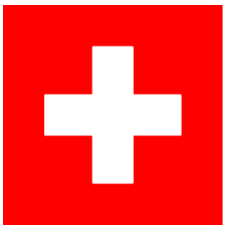
Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen am 27. Juni 2026

Bauen wir die Schweiz, besser denn je.



Wo ist die Schweiz der Bahntunnels und der Nationalstrassen geblieben?

Die Schweiz der Staumauern und der Kraftwerke?

Die Schweiz der schönen Wohnungen und des Traums vom Eigenheim?

Einst war da ein Land, das in Wissenschaft und Technologie investierte. Ein Land, das Wirtschaftswachstum schätzte und eine Weltklasse-Infrastruktur baute. Dieses Land war beseelt vom Willen, besser zu sein als die anderen. Es glaubte an die Zukunft und schuf eine lebenswerte Gegenwart, für die es weltweit beneidet wurde.

Von diesem Land, unter der Führung der FDP geformt, zehren wir noch heute. Doch die Schweiz droht vieles von dem zu verlieren, was sie einst ausgezeichnet hat. Sie hat nicht mehr die beste Infrastruktur, sondern hinkt den Notwendigkeiten hinterher. In der Energieversorgung improvisiert sie sich in die Zukunft. Die Staustunden explodieren. Und der Traum vom Eigenheim scheint für viele Junge unerreichbar.

Die FDP will das ändern. Wir wollen die Tugenden von einst zu den Tugenden von morgen machen. Wir wollen eine Schweiz, die innovativ ist, fleissig, wachstumsorientiert, investitionsfreudig. Wir wollen die Infrastruktur modernisieren, die Energieversorgung sichern und schönen, bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen. Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen für inländische Rechenleistung und für KI, die unsere Bevölkerung erfolgreicher und sicherer macht.

Denn die FDP glaubt an eine Zukunft, die für alle besser wird. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern Hoffnung machen, nicht Angst. Wir wollen, dass sich ihnen neue Chancen auftun. Wir wollen, dass sie im besten Land der Welt leben. Die Schweiz ist nicht gebaut. Bauen wir sie weiter, schöner und besser denn je.

1 Wohneigentum für den Mittelstand

Wer morgens aufsteht, tüchtig anpackt und geduldig spart, der kann sich etwas erarbeiten – nicht nur ein gutes Leben, sondern auch die eigenen vier Wände. Dieses Versprechen galt generationenlang. Auch wenn die Schweiz schon immer ein Land von Mieterinnen und Mietern war: Vom Handwerker bis zur Pflegefachfrau glaubten die Menschen daran, dass Fleiss und Verzicht zum Eigenheim führen. Heute aber ist Wohneigentum für viele unerschwinglich teuer geworden. Hoffen darauf kann fast nur noch jener junge Mensch, der erbt.

Das ist riskant für die bürgerliche Schweiz. Schwindet die Chance auf eigenen Besitz, so lockt die Umverteilung von Fremdem; der Bürger wird zum Subventionsempfänger. Deshalb fordert die FDP einen neuen Eigentumspakt für den Mittelstand. Unser Ziel: Wer eine Berufslehre oder eine andere Ausbildung abschliesst und zehn Jahre gewissenhaft spart, soll sich Wohneigentum leisten können. Nicht irgendwann im Alter, sondern in genau jener Lebensphase, in der Menschen Familien gründen, Kinder grossziehen und Wurzeln schlagen wollen.

Damit der Traum vom Häuslein wieder plausibel wird, müssen die übertriebenen Tragbarkeitsvorschriften gelockert werden. Heute scheitern viele junge Menschen am kalkulatorischen Zinssatz: Die Banken rechnen mit einem fiktiven Zins von 5 % und verweigern jedem die Hypothek, der diese hohe Last nicht tragen könnte. Hier braucht es deutlich mehr Augenmass. Die angesichts der Wertentwicklung überschaubaren Risiken einer Immobilienblase lassen sich auch mit langfristigen Fixhypotheken begrenzen. Von der Lockerung würden auch ältere Menschen profitieren. Gehen sie in Rente, sinkt ihr Haushaltseinkommen – weshalb sie beim Verlängern der Hypothek oft in Not geraten. Das ist unsinnig. Die FDP fordert Tragbarkeitsvorschriften, die vor Risiken schützen – aber Wohneigentum nicht unnötig verhindern.

Gerade für junge Familien und Menschen, die in einer Stadt leben wollen, ist Stockwerkeigentum oft der realistischste Weg zum Eigenheim. Doch die gesetzlichen Grundlagen dazu stammen weitgehend aus den 1960er-Jahren, sie sind heute völlig veraltet. Die FDP verlangt, dass die von ihr angestossene Reform des Stockwerkeigentums dringend umgesetzt wird. Beispielsweise sollen die in der Praxis beliebten ausschliesslichen Nutzungsrechte im Gesetz verankert werden. Und: Ein einzelner Querulant darf nicht länger die gesamte Hausgemeinschaft sprengen können, indem er alle gemeinsamen Beschlüsse blockiert. Was nach kleinen, juristischen Details tönt, hat einen grossen Effekt: Wohneigentum wird einfacher. Besonders für junge Familien, denen die Mittel für ein ganzes Haus vielleicht noch fehlen.

2 Günstiger Wohnraum für alle

Nicht alle Menschen verfolgen den Traum vom Eigenheim, und auch von diesen werden ihn leider nie alle erreichen. Umso wichtiger sind genügend bezahlbare Mietwohnungen. In 15 Kantonen unseres Landes herrscht Wohnungsnot.[1] Was einst ein Problem der Städte war, betrifft längst auch Agglomerationen, Bergregionen und Tourismusorte – und trotzdem baut die Schweiz weiterhin zu wenig.

Ein wesentlicher Grund liegt in der Raumplanungspolitik. Etwas mehr als zehn Jahre nach der Entwicklung zum neuen RPG zeigt sich, dass das Land sich auf dem Papier weit einfacher verdichten lässt als in der Realität. Die Verdichtung scheitert an Einsprachen, ewigen Verfahren und lokalem Widerstand. Es wird prozessiert, verzögert und blockiert, während die Mieten unaufhaltsam weitersteigen. Es führt kein Weg daran vorbei: Das Raumplanungsgesetz muss angepasst werden.

Die Schweiz braucht mehr Wohnraum – und das geht nicht länger ohne neue Bauzonen. Besonders problematisch sind die Auszonungen, die auch in ländlichen Regionen zu Wohnungsmangel führen. Die FDP fordert einen Kurswechsel. Kantone sollen gemeinsam mit den Gemeinden wieder gezielt neue Bauzonen schaffen können – rasch, pragmatisch und gezielt dort, wo Wohnungsnot herrscht. Dabei ist auf eindeutige Parameter für Wohnungsknappheit abzustellen, etwa auf die Leerwohnungsziffer. Da es in diesen Städten und Gemeinden erfahrungsgemäss insbesondere an günstigen Wohnraum fehlt, soll es diesen möglich sein, für entsprechend einzuzonende Flächen einen Anteil an preisgünstigen Wohneinheiten von bis zu 30 Prozent festzulegen.

3 Bauverhinderer stoppen

Die Schweiz muss wieder lernen, schneller und günstiger zu bauen. Baubürokratie verzögert und verteuert das Erstellen von neuem Wohnraum, sie beschäftigt unzählige Beamte mit sinnlosen Verwaltungsakten. Linke Städte wie beispielsweise Zürich schreiben Bauherren nicht nur vor, dass sie Bäume pflanzen müssen, sondern auch wo und welche: gross oder klein, Nadeln oder Laub.

Baubewilligungs- und Rekursverfahren müssen vereinfacht, digitalisiert und massiv beschleunigt werden. Wer ein vollständiges Gesuch einreicht, soll innerhalb weniger Wochen eine Antwort erhalten. Einsprecher sollen nur noch Punkte rügen können, die sie tatsächlich betreffen. Und auch beim Lärmschutz braucht es mehr Pragmatismus. Beispielsweise reicht es völlig aus, wenn eine Wohnung auf der ruhigen Seite ein öffenbares Fenster hat. Dringend begrenzt gehört die Macht des Heimat- und Denkmalschutzes. Nicht jede alte Mauer oder in die Jahre gekommene Sonnenstore ist so unersetzlich, dass ganze Wohnbauprojekte daran zerschellen sollten. Aufstockungen, Dachstockausbauten und Ersatzneubauten müssen erleichtert werden. Verdichtung funktioniert nur dann, wenn man sie auch zulässt. Die Schweiz hat das Bauen nicht verlernt. Sie hat sich nur angewöhnt, es zu verhindern. Zudem ist klar: Der linken Wohnbau-Stopp Politik unter dem Deckmantel des Mieterschutzes werden wir auch künftig die rote Karte zeigen.

[1] *Die Leerwohnungsziffer (LWZ) gibt den Anteil der leerstehenden Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand an. Eine LWZ von 1 bedeutet, dass eine von 100 Wohnungen leer steht. Liegt sie unter 1, wird gemeinhin von Wohnungsnot gesprochen.*

4 Volle Wohnungen statt leeren Büros

Um den Wohnungsmangel rasch zu lindern, muss die Schweiz leerstehende Flächen vernünftig nutzen. Seit der Pandemie hat das klassische Büro an Bedeutung verloren. Homeoffice wird trotz leichten Korrekturen nicht mehr verschwinden und die Revolution der generativen KI dürfte den Bedarf an klassischer Bürofläche weiter verringern. Die Leerbestände sind bereits gross und steigen weiter. Landesweit handelt es sich um 3,17 Millionen Quadratmeter, was 30'000 durchschnittlichen Schweizer Wohnungen entspricht. Würde auch nur ein Teil dieses Potentials realisiert, liesse sich die Wohnungsnot an vielen Hotspots bereits entschärfen.

Erneut scheitert der Bau von neuem Wohnraum aber an starren Zonen- und Bauvorschriften. Diese wurden in längst vergessenen Zeiten erfunden, als rauchende Schmitten und übelriechende Gerbereien die Gewerbezonen prägten. In anderen Fällen scheitert die Umnutzung an der sturen Anwendung von Regulierungen, die für Neubauwohnungen konzipiert worden sind. Kein Wunder, dass Wohnraum fehlt! Die FDP fordert erleichterte Vorschriften, mehr Ausnahmen bei Bauvorschriften sowie eine Flexibilisierung von Zonenplänen, die Mischnutzungen ermöglichen.

5 ...und aus Agglos bauen wir Städte.

Die Wohnungsdebatte der Schweiz kreist nach wie vor um die alten Zentren von Zürich, Genf oder Basel. Dabei liegt das grösste Potenzial in den Agglomerationen. Sie sollen zu modernen, lebenswerten urbanen Zentren heranwachsen. Es geht nicht nur darum, möglichst viele Wohneinheiten hinzustellen. Es geht auch um das Probelokal für den Musikverein, um den Bäcker in der Bahnhofpassage, um den Park mit dem Wasserspiel und die kleine Galerie an der Ecke. So entstehen Orte, an denen Menschen nicht bloss wohnen, sondern gerne leben und ihre Kinder grossziehen. Wenn Agglomerationen an Attraktivität und Identität gewinnen, entlastet das sofort auch die alten Städte.

Um neue urbane Zentren zu schaffen, muss der Staat in die Grundversorgung investieren: in Verkehrsinfrastrukturen, Schulen oder öffentliche Parks. Entscheidend sind aber private Investoren. Ohne ihr Kapital wird die Schweiz niemals genügend günstigen Wohnraum bauen können. Die Linke hat Immobilienfirmen und private Bauherren zu Feinden erklärt und bekämpft sie ideologisch – was die Wohnungsnot verschärft. Die FDP bekennt sich entschieden zur privaten Bautätigkeit. Der grösste Fehler wäre, den Staat zum wichtigsten Bauherrn der Schweiz machen zu wollen.

6 Pannenstreifen öffnen

Auf den Strassen rollen heute 35% mehr Autos als im Jahr 2000, während das Nationalstrassennetz kaum ausgebaut wurde. Die Folge? Bürgerinnen und Bürger stehen viel zu oft im Stau. Die Staustunden haben sich in 10 Jahren mehr als verdreifacht! Diese kosten uns jährlich 1,7 Mrd. Franken an verlorener Arbeitszeit. Staus verhindern, dass die Pendlerin zu ihrem Arbeitsplatz gelangt, der Gewerbler seine Kunden erreicht und der Familienvater seine Kinder rechtzeitig aus der Kita abholen kann. ÖV-verwöhnten, autoskeptischen Städtern sei von Schadenfreude abgeraten. Steht der Lieferant im Stau, so steigt der Preis für Tomaten auch auf dem lokalen Quartiermarkt oder das Joghurt im Grossverteiler.

Um die Stauplage zu lindern, fordert die FDP sofortige Massnahmen. Der schnellste und günstigste Weg ist es, die Pannenstreifen für den Verkehr zu öffnen. Mit modernen Verkehrsleitsystemen ist dies ohne Sicherheitsverlust möglich. Die FDP verlangt, dass dieses einfache und kostengünstige Mittel an allen praktikablen Stau-Hotspots eingeführt wird. Ein Ärgernis sind dagegen Einschränkungen wie beispielsweise das generelle Tempo 80 auf Autobahnen, das die Linke fordert. In Zeiten von KI und Digitalisierung liegen deutlich intelligentere Lösungen vor als eine Blechtafel, die auch in der Nacht und bei leeren Strassen alle ausbremst. Übrigens: Damit moderne Leitsysteme funktionieren, braucht es offene, standardisierte Mobilitätsdaten. Offene Daten führen ganz direkt zu weniger Stau.

7 Rückhalt für «Verkehr ‘45»

Während ein politischer Pol den «Dichtestress» beschwört und den ÖV bekämpft, blockiert der andere den überfälligen Ausbau der Autobahnen. Wie kommt die Schweiz aus dieser Sackgasse? Die Gesamtvorlage «Verkehr ‘45» des Bundesrats ist ein wichtiger erster Schritt. Endlich setzt die Regierung um, was die FDP seit Jahrzehnten fordert: Strasse und Schiene müssen gemeinsam, koordiniert und ohne ideologische Brille geplant werden. «Verkehr ‘45» verdient deshalb den Rückhalt aller Parteien. Ein bisschen mutiger dürfte der Bundesrat allerdings fürs Gleichgewicht der Verkehrsträger einstehen, auch wenn er mit der letzten Nationalstrassenvorlage gescheitert ist. Wenn der grösste Teil des Verkehrs auf der Strasse stattfindet, wieso fliessen dann nur 11 Milliarden Franken in die Strasse – aber 24 Milliarden in die Schiene? Zudem muss die SBB erst einmal den Unterhalt ausfinanzieren, bevor man zu viele weitere Ausbauten plant. Auch die grössten Fans der Bahn fangen an, kritische Fragen zu stellen. Wieso bleiben die Kosten für den Strassenunterhalt stabil, während der Unterhalt der Bahn immer teurer wird? Liegt es an übertriebener Regulierung – oder arbeitet die SBB zu wenig effizient? Höchste Zeit, dass ein Bericht des Bundesrates hier Klarheit schafft.

Ebenso entscheidend ist, wie Infrastrukturprojekte umgesetzt werden. Grosses Potential besteht in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Unternehmen. Heute sichern sich beide Seiten vor allem gegen Risiken ab. Das führt zu Projektverzögerungen und Mehrkosten zu Lasten des Steuerzahlers. Abhilfe können Allianzmodelle

schaffen, die alle Beteiligten belohnen, wenn das Bauvorhaben reibungslos vorwärtskommt. Erste Pilotprojekte mit Allianzmodellen zeigen, dass Bauherrschaften, Planer und Unternehmen so besser zusammenarbeiten. Risiken werden offen benannt, Probleme früh gelöst. Das spart Zeit, senkt Kosten und sorgt für bessere Resultate. Das Geld für Grossprojekte soll zu den Bauarbeitern, Ingenieurinnen und Planern fliessen, nicht zu den prozesswütigen Anwälten der beteiligten Unternehmen und des beauftragenden Staats. Deshalb lohnt es sich, auch die Vergabepraktiken des Bundes kritisch zu prüfen und dort weiterzuentwickeln, wo sie unnötige Konflikte oder Ineffizienzen begünstigen.

8 Freie Fahrt für autonomes Fahren

So wichtig es ist, unsere Autobahnen auszubauen, viel mehr werden wir sie nicht verbreitern können. Umso wichtiger ist es, die existierenden Strassen effizient zu nutzen und signifikant mehr Verkehrsfluss auf ähnlicher Fläche zu ermöglichen. Die FDP findet: Beim autonomen Fahren soll die Schweiz eine führende Rolle einnehmen. Unser Land ist gut gestartet und hat dieses Zukunftsfeld früh und proaktiv angepackt – mit einer ausgewogenen, pragmatischen und sanften Regulierung. Auch künftig sollten wir in diesem Bereich etwas wagen und uns von erwartbaren Rückschlägen nicht aus der Ruhe bringen lassen – übrigens nicht nur auf der Strasse, sondern auch auf der Schiene. Die FDP fordert auch die Einführung von autonom fahrenden Zügen.

Autonomes Fahren ist mehr als moderne Mobilität. Der Durchbruch von generativer KI macht vielen Menschen Angst. Sie sehen ihre Jobs bedroht, ihre Perspektiven, ihre Privatsphäre. Um Vertrauen in KI zu schaffen, sollte diese transparent und zuverlässig sein. Und ihre Funktionsweise muss nachvollzogen werden können – ganz besonders im öffentlichen Sektor. Ebenso wichtig ist es, alltägliche Anwendungsfälle für KI zu finden, die den Menschen mehr Komfort und Sicherheit im Alltag bieten. Der Bereich der Mobilität scheint dafür in der kleinen, in den Ballungszentren dicht besiedelten Schweiz optimal. Wenn sich dank autonomem Fahren nicht nur die heutigen Staus verflüchtigen, sondern auch die weitere Zuwanderung aufgefangen werden kann, dann spürt die Bürgerin oder der Bürger: Die KI dient ihm. Nicht umgekehrt.

9 Totgesagte stromen länger

Ideologie ist ein schlechter Ratgeber. Besonders in der Mobilität: Wer mit stark getönter Brille durch die Welt fährt, fährt öfters gegen eine Wand. Ab 2016 erlebte die Welt einen fulminanten Aufschwung der E-Mobilität. Doch in den letzten Jahren platzte die elektrische Blase. Die Verkäufe von E-Autos brachen ein, Hersteller wie Ford oder VW verloren Milliarden. Die EU krebste zurück und korrigierte ihr Verbrennerverbot. Auch zeigte sich, dass die E-Autos zwar CO2-neutral fahren, aber in der Herstellung nicht besonders umweltschonend sind. Konservative triumphierten: Schon wieder hatte der links-woke Zeitgeist in die Sackgasse geführt.

Dann fielen im Iran die Bomben. Weltweit explodierte der Benzinpreis. Nun sind es die konservativen Ideologen, die bemerkenswert leise geworden sind. Für die FDP ist klar: Dem E-Auto gehört die Zukunft – bei allen Grautönen, bei allen neuen Risiken. Erstens schützt das E-Auto langfristig das Klima. Zweitens stärkt es die Resilienz der Schweiz und mildert Kostenschocks für Pendlerinnen und Pendler, wenn der Ölpreis mal wieder steigt. Drittens verhindert es, dass Schweizerinnen und Schweizer an der Zapfsäule die Regimes in Teheran, Moskau oder Caracas subventionieren müssen.

Wie aber stärken wir das E-Auto in der Schweiz? Wichtig ist, dass Bürgerinnen und Bürger flächendeckend auf Ladeinfrastruktur zugreifen können. Ohne Tankstellen hätte sich der Verbrennungsmotor nie durchgesetzt, ohne Ladestationen hat auch die E-Mobilität keine Chance. Weil eine Batterie langsamer lädt als ein Tank vollläuft, müssen die Ladestationen zu Hause stehen wie auch an den Arbeitsplätzen. Ladestationen gehören heute zur Grundinfrastruktur unseres Landes, sie sind Teil eines digitalen Marktplatzes für Energie. Damit diese rasch und flächendeckend gebaut werden, fordert die FDP höhere steuerliche Abzugsmöglichkeiten beim Bau von Ladestationen für E-Mobilität.

10 …und morgen der Viertelstundentakt

Sauber, pünktlich und an fast allen Stunden des Tages nicht so überfüllt, wie dichte Stresspropheten gerne behaupten: Die FDP ist stolz auf den öffentlichen Verkehr in unserem Land. Doch auch beim ÖV ist Ideologie ein schlechter Ratgeber. Symbolprojekte wie Nachtzüge nach Malmö, die pro Passagier mit 100 Franken subventioniert werden müssen, kosten Millionen und bringen der Umwelt nichts. Dieses Geld würde besser in den Unterhalt der bestehenden Schienen investiert – und in den Ausbau des Angebots, damit der Viertelstundentakt auf der Ost-West-Achse nicht bis 2045 warten muss.

Durchzogen fällt die Zwischenbilanz beim Bahninfrastrukturfonds (BIF) sowie beim National- und Agglomerationenfonds (NAF) aus. Wie Pauschalreisende am all-you-can-eat-Buffet haben die Kantone in den letzten Jahren beim BIF ihre Projekte bestellt, um nur ja nicht zu kurz zu kommen. Hier braucht es dringend eine Priorisierung, die objektiven Kriterien folgt. Zudem müssen die eingebauten Fehlanreize im BIF beseitigt werden. Selbst wo ein Tram bis in die Agglomeration deutlich sinnvoller und kostengünstiger wäre, planen die Kantone lieber einen teuren Zug, weil der Bund nur diesen mitbezahlt.

11 Klima schützen

Der menschgemachte Klimawandel verändert unseren Planeten. An dieser Tatsache ändert weder Greta Thunberg etwas, die vor zehn Jahren die Weltbühne betrat, noch Donald Trump, der sie heute dominiert. Die FDP als Gründerin der Schweiz lehnt jede autoritäre Doktrin ab und stellt ihr liberale Werte entgegen: Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Die Fürsorge für kommende Generationen liegt in unserer DNA. Wir stehen zum Netto-Null-Ziel, wie es vom Volk 2023 beschlossen wurde.

Der Weg dorthin ist allerdings steiniger als gedacht. Um aus den fossilen Energien auszusteigen, braucht die Schweiz massiv mehr CO2-neutralen Strom. Die ETH hat prognostiziert, dass unser Strombedarf bis 2050 von 60 auf 90 Terawattstunden (TWh) steigen wird. Rechenzentren als Ankerinfrastruktur des digitalen Standorts dürften den Strombedarf noch viel höher treiben. Strompolitik ist deshalb auch Digitalpolitik. Neben Wind, Wasser, Biomasse und Sonne muss auch Kernkraft im Energiemix möglich sein.

Dass der Bundesrat und das Parlament das Kernenergieverbot nun aufheben wollen, ist deshalb ein wichtiger Schritt zurück zur Vernunft. Bestehende Kernkraftwerke müssen so lange betrieben werden, wie sie sicher sind. Weiter muss der Bund die Bedingungen schaffen, damit sich Investitionen in die Sicherheit weiterhin lohnen und die bestehenden Kraftwerke länger am Netz bleiben. Langfristig führt Stand heute auch am Bau neuer Kraftwerke kein Weg vorbei. Die Schweiz muss sich alle Optionen offenhalten. Nur eine zuverlässige, bezahlbare und saubere Energieproduktion schützt unsere KMU, schützt den Mittelstand und schützt das Klima für künftige Generationen.

12 Verbandsblockade durchbrechen

Die Schweiz galt lange als Stromhochburg Europas. Unser Land nahm eine Pionierrolle ein und rühmte sich einer der sichersten und günstigsten Stromversorgungen weltweit. Heute aber wächst die Unsicherheit. Während der Strombedarf rasant ansteigt, kommen zentrale Projekte für die Energieversorgung nicht voran. Sie scheitern meistens nicht an technischen, sondern an politischen Hürden. Ausgerechnet links-grüne Verbände und Organisationen verhindern die Energiewende mit endlosen Einsprachen und Beschwerden: Sie verhindern Solarparks. Sie blockieren den Ausbau der Wasserkraft. Und – gemeinsam mit der SVP – verhindern sie Windturbinen. Zugleich fordert Links-Grün den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie.

Die Folge dieser systematischen Blockade? Der Schweiz droht Strommangel. Wenn die Produktion stockt, dann zahlen nicht die Funktionäre der grünen Verbände den Preis, sondern die Menschen und die KMU. Ein Blick nach Deutschland genügt: Aufgrund einer verfehlten Energiepolitik stiegen dort die Strompreise auf Rekordniveau. Für den Industriestandort hatte das fatale Folgen. Firmen machten dicht, wanderten ab oder verkauften weniger. Akut betroffen sind aber auch alle Bürgerinnen und Bürger, die jeden Monat ihre Stromrechnung bezahlen. Fehlt der Strom, so steigen die Preise. Nicht nur fürs KMU in der Maschinenindustrie oder für die Betreiber von KI-Rechenzentren, die in der Schweiz investieren wollen. Sondern auch für Familie Müller in der Wohnung nebenan.

Die FDP fordert ein Ende der links-grünen Blockadepolitik. Einsprache-, Konsultations- und Rechtsmittelverfahren müssen gestrafft werden, besonders bei Infrastrukturprojekten von nationalem Interesse: Wer seit Jahren gegen jedes neue Energieprojekt rekurriert, darf nicht länger das ganze Land lähmen. Es kann nicht sein, dass ein einzelner ideologisch motivierter Verbandsfunktionär genügt, um Vorhaben von nationaler Bedeutung zu torpedieren. Künftig soll dafür mindestens ein Beschluss des obersten Verbandsorgans nötig sein. Natürlich bleibt Rechtsschutz wichtig. Ebenso wichtig ist aber, dass unser Land über genügend Strom für eigene Rechenzentren verfügt, um digital souverän zu bleiben. Und dass die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten nicht vergessen gehen, die auf bezahlbaren und sicheren Strom angewiesen sind.

13 Winterstrom sichern

Die Schweiz hat Milliarden in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert – vieles davon war richtig. Besonders die Solarenergie hat beeindruckend aufgeholt. Immer mehr Hausdächer produzieren Strom, private Investitionen lohnen sich und neue Technologien werden laufend effizienter und günstiger. Doch mit dem geleisteten Ausbau verschieben sich auch die Herausforderungen: Entscheidend ist künftig nicht nur, dass genügend Strom produziert wird, sondern vor allem *wann*. In den Wintermonaten geriet die Schweiz in den letzten Jahren mehrmals unter Druck. Diese Gefahr besteht auch in Zukunft. Dann, wenn Nebel über dem Mittelland liegt, Solaranlagen fast nichts produzieren und gleichzeitig Heizungen, Industrie und Elektromobilität Höchstleistungen verlangen.

Für die FDP ist deshalb klar: Die künftige Förderpolitik muss sich stärker an der Versorgungssicherheit orientieren. Wer zuverlässig Strom liefert – besonders im Winter –, soll bessere Rahmenbedingungen erhalten. Statt pauschaler Förderung braucht es einen schrittweisen Übergang zu wettbewerblichen Modellen: Der Staat definiert, welche Leistung und Kapazität benötigt werden. Den Zuschlag erhält, wer diese am effizientesten bereitstellt. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang Speicherlösungen. Nicht die lauteste Lobby soll entscheiden, welche Technologie gefördert wird, sondern der Nutzen für die Bevölkerung. In kalten, dunklen Wintern interessiert die Bürgerinnen und Bürger nicht, woher der Strom kommt, sondern ob er zuverlässig fliesst.

14 Wahlfreiheit für alle

Grosskunden dürfen in der Schweiz ihren Stromanbieter frei wählen, normale Haushalte hingegen nicht. Deshalb kommt es heute vor, dass man in einer Gemeinde hunderte Franken mehr für Strom bezahlt als im Nachbardorf – obwohl derselbe Strom aus der Steckdose fliesst. Der Schweizer Strommarkt ist heute halb liberalisiert, halb abgeschottet – also ungefähr so zeitgemäss wie ein Faxgerät mit WLAN-Anschluss. Für die FDP ist klar: Die Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Wahlfreiheit erhalten. Wettbewerb stärkt Innovation, schafft neue Geschäftsmodelle und entlastet das Portemonnaie der Konsumentinnen und Konsumenten.

Die Strommarktöffnung dient aber nicht nur den Haushalten. Sie ist auch Voraussetzung dafür, dass die Schweiz vollständig am europäischen Strommarkt teilnehmen kann. Das liegt klar im Interesse unseres Landes. Ein Stromabkommen mit der EU senkt die Kosten für die Netzstabilität und stärkt die schweizerische Versorgungssicherheit. Ein vom Bundesrat ausgehandelter Vertrag wird gerade im Parlament verhandelt. Gewerkschaftliche Liberalisierungsgegner verbünden sich mit bürgerlichen Politikern, welche die Bilateralen III generell ablehnen. Falls der vorliegende Stromvertrag im Parlament ausgebremst wird, braucht es sofort einen neuen Anlauf. Für die FDP bleibt ein Stromabkommen mit der EU ein strategisches Ziel.

15 ...so hast Du in der Not.

Die geopolitischen Spannungen der letzten Jahre zeigen, wie verletzlich globale Energieversorgungsketten geworden sind. Eine moderne Energiepolitik setzt deshalb möglichst auf Energieträger, die im Inland verfügbar sind oder weit im Voraus eingekauft werden können. Gleichzeitig wäre es naiv, bewährte und unkompliziert speicherbare Energieträger wie Öl oder Gas ganz zu verbannen. Versorgungssicherheit entsteht durch Effizienz im Verbrauch, durch Diversifikation und durch strategische Reserven für Krisenzeiten – nicht durch Ideologie.

Die FDP steht deshalb klar hinter den schweizerischen Pflichtlagern für Heizöl und Treibstoffe. Sie haben sich bewährt und sollten heute sogar ausgebaut werden. In unsicheren Zeiten sichern sie unserem Land Handlungsfähigkeit und schützen Bevölkerung, Wirtschaft und Infrastruktur vor Versorgungsschocks.

Schliesslich braucht die Schweiz als Versicherung auch künftig genügend Reservekraftwerke für Mangellagen. Wenn im Winter Stromimporte einmal ausbleiben, Kraftwerke ausfallen oder mehrere Extremereignisse zusammenkommen, muss die Stromversorgung trotzdem stabil bleiben. Ja, das kostet etwas. Strommangel wäre aber deutlich teurer.